

Saure Gurken

I.E. alias IM Berlin

Was täte die Berliner Presse ohne die Leistungserbringer der psychosozialen Versorgung? Man könnte meinen, der März läge plötzlich in der von Journalisten so gefürchteten Saure-Gurken-Zeit, wo normalerweise das Monster von Loch Ness oder der Hundekot auf den Berliner Straßen die Seiten füllen muss.

Die Maserati-Affäre der Treberhilfe, von der ich bereits im letzten „Eppendorfer“ berichtet habe, schlägt wie vorausgesagt riesige Wellen. Von opulenten Jahresgehältern ist die Rede; das Parlament beschäftigt sich mit der Freien Wohlfahrtspflege und ein Transparenz-Kodex wird erarbeitet. Die meisten Träger der Gemeindepsychiatrie grinsen sich schadenfroh ins Fäustchen, denn sie bleiben (hoffentlich) außen vor. Jetzt zahlt es sich aus, dass sich das sozialpsychiatrische System in Berlin schon vor Jahren mit dem Psychiatrie-Entwicklungsprogramm, genannt PEP, und der freiwilligen Deckelung von Träger-Budgets ein eigenes Regularium verordnet hat. Kein Träger könnte (wie die Treberhilfe) beliebig Klienten aquirieren und expandieren; die bezirklichen Steuerungsgremien Psychiatrie (SGP) sind nicht umsonst berüchtigt für ihre kleinkrämerische Zuständigkeits- und Bedarfsprüfung im Vorfeld. Durch diese schmale Öse muss jeder seelisch Behinderte, der im Rahmen des begrenzten Budgets unterstützt werden soll. Für Sozialdienste und Klienten mag das Verfahren mühsam sein; doch als Gate-Keeper funktionieren die SGPs bestens. Ich bin ja etwas altmodisch und der Ansicht, dass die Regionalisierung auch für die Wohnungslosenhilfe das Ei des Kolumbus wäre. So mancher Zuständigkeits-Horror hätte ein Ende. Wegen mir könnte man dieses Ei auch mit Blümchen bemalen und irgendwas mit „Sozialraum“ nennen. Hauptsache es bleibt im Dorf.

Der Tagesspiegel bestückte in dieser letzten Märzwoche die obere Hälfte einer Seite mit den neuesten Meldungen zur „Maserati-Affäre“, der untere Teil bestand aus einer bezahlten Anzeige der Berliner Einzelfallhelfer. In einem offenen Brief an die Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales fordern die Einzelfallhelferinnen und Einzelfallhelfer, die in Berlin nach eigenen Schätzungen 2000 psychisch kranke Menschen betreuen, bessere Rahmenbedingungen und natürlich auch höhere Honorare. Denn sie arbeiten als „freie Honorarkräfte“, deren gestaffelte Sätze sich an der Qualifizierung und Schwere des Falls orientieren und in einem Rundschreiben festgelegt sind. In ihrem offenen Brief rechnen sie Frau Senatorin Bluhm vor, dass nach Abzug aller notwendigen und gesetzlich vorgeschriebenen Ausgaben (Steuern, Krankenversicherung etc.) schlimmstenfalls ein Stundenhonorar von 4 € herauskomme. Das ist natürlich skandalös. Lediglich im Bezirk Tempelhof-Schöneberg kommt das Trägermodell zur Anwendung. Die Einzelfallhelferinnen loben dessen Strukturen, beklagen allerdings auch bei diesem Modell die zu geringen Sätze. Ein Forschungsprojekt der Katholischen Hochschule für Sozialwesen hat die beiden Modelle miteinander verglichen, und verweist auf einige Vorzüge des Trägermodells, das wohl am ehesten mit dem BEW zu beschreiben wäre.

In diesem offenen Brief an die Senatorin werden vor allem die Sozialpsychiatrischen Dienste der Reihe nach abgewatscht. Auch der Landesbeauftragte für Psychiatrie und der DPW bekommen ihr Fett weg. Gefordert wird das Trägermodell für alle Bezirke und Honorarsätze, von denen man leben kann.

So finden sich auf ein- und derselben Seite fast konträre Forderungen. Um es ganz platt auszudrücken: Die einen kriegen den Hals nicht voll, und die anderen nagen am Hungertuch. Da bleibt eigentlich nur der Biss in die saure Gurke.